

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

LESERBRIEFE

Nicht die Redaktion hat an dieser Stelle das Wort. Hier äußern sich Leser. Ihre Meinung muss sich nicht mit der Auffassung unserer Redaktion decken. Leserbriefe, die einen Umfang von mehr als 60 Zeilen (dies entspricht 2300 Zeichen, inklusive Leerzeichen) umfassen, sprengen den Rahmen des verfügbaren Platzes und müssen gekürzt werden. Vielschreiber bitten wir um Verständnis, dass wir sie nicht ständig drucken; auch andere Leser wollen zu Wort kommen. Anonyme Leserbriefe oder solche mit beleidigendem Inhalt werden abgelehnt. Die veröffentlichten Leserbriefe sind auch im Internet unter www.wnoz.de zu finden.

Es hapert gewaltig im Land „Mehr sinn's“ in ganz besonderer Lage OZ vom 1. August

Zitat Bürgermeister Oehlenschläger: „Bei der Landwirtschaft im Odenwald steht die Lebensmittelproduktion nicht im Vordergrund.“ Damit will Herr Oehlenschläger wieder vernebeln, das die Gemeinde zwar Nachhaltigkeit predigt, hinter dieser Kulisse aber weitermacht wie in den vergangenen 40 Jahren. Alles, was auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen im Odenwald wächst, sind Agrarrohstoffe, die der Lebensmittelproduktion zugeführt werden können. Seien es Getreide zur Mehlherstellung oder Futtermittel zur Milch-, Eier- und Fleischproduktion, Raps zur Ölgewinnung oder die Grünlanderträge zur Futtergewinnung für die Wiederkäuer zur Milch- und Fleischproduktion. Die Aussage des Bürgermeisters ist Quatsch. Die Ackerflächen in Richtung Steinbach und Richtung Kröckelbach sind Böden mit sehr hoher Bonität, die denen an der Bergstraße gleichwertig sind, entstanden durch Lößanwehungen nach der Eiszeit. Für unsere Nachhaltigkeitspolitiker im Gemeinderat ist das bedeutungslos. Die Verknappung von Gewerbeflächen wird immer hervorgezerrt. Wie viele Wohneinheiten entstehen denn auf den ausgewiesenen Gewerbeflächen? Zweckentfremdung nennt man so etwas. Spricht man verantwortliche Personen darauf an, kommt das Argument, man könne ja den Unternehmen nicht vorschreiben, was und wie sie zu bauen hätten. Diese Argumentation lasse ich nicht gelten. Uns wurde ein Wasserschutzgebiet aufgedrückt, ohne Rücksicht auf Verluste. Hat sich je einmal ein Kommunalpolitiker in Fürth Gedanken gemacht, dass durch die fortschreitende Versiegelung die Grundwasserbildung keinesfalls zunehmen kann? Mehr Einwohner brauchen mehr Wasser. Die Aussage legt den Hochmut und die Überheblichkeit so mancher Fürther CDU-Vertreter offen. Aber Demokratie ist Macht auf Zeit, Demokratie ist Machtkontrolle. An beidem hapert es gewaltig in unserem Land. Im Herbst sind Landtagswahlen, Alternativen gibt es, den Verantwortlichen zu zeigen, „was sie doch falsch gemacht haben“.

Hans Keil, Fürth

Wenig glaubwürdig

Leserbrief: „Selbst ein Bild gemacht“
WN/OZ vom 7. Juli

Für mich sind die Herren Prechtel und andere Hobbyjäger das Gegenteil von dem, für was sie sich ausgeben, nämlich keine Tierfreunde. Dazu gehören auch die ihnen Hilfe leistenden Landwirte. Denn auch sie sind meist Hobbyjäger. Es wird hier im süßlich-sentimentalen Grundton die Errettung der Rehkitze vor den Mähwerken beschrieben. Das wäre ja auch für mich etwas Löbliches, wenn nicht die gleichen Herren ein paar Jahre später eben diese groß gewordenen Tiere gnadenlos abknallen. Allein in Anbetracht der Motivationen, die den Großteil der Hobbyjäger zur Jagdausübung bewegen, erscheint es paradox, wenn dieselben Grünberockten, die eben noch von der Freude am Jagen, Nachstellen und Töten von Tieren sprachen, auf einmal beteuern, dass sie das von ihnen verfolgte Wildtier (Rehkitz) lieben. Die angewandten Jagdmethoden machen derartige Aussagen ebenso wenig glaubwürdig wie die Art, mit der sie unter ihresgleichen über gestreckte Stücke reden, der enthusiastische Jubel, wenn sie durch das Umbringen einer möglichst großen Anzahl von Tieren Jagdkönige geworden sind oder ihre „leuchtenden Augen“, wenn sie nach dem Abschuss eines Fuchses auf einer Gesellschaftsjagd Tannenreisig an den grünen Hut gesteckt bekommen. Leider hat sich an der Problematik der Hobbyjagd nichts, aber auch gar nichts geändert, eher im Gegenteil. Und weil das so ist und Jäger die Ökologie nicht interessiert und sie davon nichts verstehen, gilt mein Spruch, den ich vor 50 Jahren schon geschrieben habe, immer noch: Jagt die Jäger aus dem Wald!

Dr. Peter Hawe, Weinheim

Noch grüner als grün?

Thema: Blaue Plakette für Dieselaautos

Ist die Blaue Plakette grüner als grün? Was wollen die Grünen? Fahrverbot schon für Euro-Norm 4 und 5 in den Städten? Was soll der Bürger, Handwerker und Zulieferer machen? Soll er sich wieder in neue Schulden und Existenzängste flüchten wie damals bei der Abwrackprämie, um Neuanschaffungen mit Euro-6-Norm zu tätigen? Waren nicht die Kfz mit „Euro 4“ bisher das Beste? Will man die Grüne Plakette jetzt noch grüner machen (blau)? Der Hokuspokus der Hersteller ist himmelschreiend, unlängst habe ich aus einer Studie entnommen, dass der neuste Renault Scenic 1,6 dCi mit Euro 6 einen Stickoxyd-Ausstoß von 1083 mg/km aufweist. Stattdessen sollte der Wert für Euro 6 bei maximal 80 mg/km liegen. Dieses Auto hält nicht einmal den Wert von Euro 1 ein – wie vor 25 Jahren. Und es geht weiter: Der Ford Mondeo 2,0 TDCi hat den 9,2-fach schlechteren Wert, der Hyundai i20 1.1 CRDi den 10,8-fach schlechteren Wert. Auch der Opel Zafira CDTi hat den 18,4-fach schlechteren Wert. Der Fiat 500X 2,0 stößt den 17,2-fach schlechteren Wert aus. Die Frage ist: Wer bestimmt, kontrolliert und genehmigt diese Werte? Es stimmt hinten und vorne nicht in der EU. Trump hat erst einmal VW voreilig verurteilt und negativ durch die Weltpresse gezogen, obwohl VW eigentlich noch die besten Werte und Diesel-Ingenieure hat. Doch Trump wusste: VW hat 100 Milliarden Euro auf der „hohen Kante“, da kann man leicht ein paar Milliarden Strafe abzocken, um neue Kriege zu finanzieren, von dem Schaden für den Ruf der deutschen Autoindustrie ganz abgesehen.

Nach amerikanischen Abgawerten darf man gar nicht fragen. Was wird da wohl bei den großvolumigen Schlitten rauskommen? Es war eine bössartige, gemeine Vorverurteilung gegenüber VW von Trump. So kann man nicht mit Freunden und Handelspartnern umgehen. Dann muss er sie alle benennen, und vor allem zuerst die mit den schlechteren Werten, und auch die eigenen Kfz aus den USA auf den Prüfstand stellen lassen. Und noch ein Gruß an unsere Realos in Stuttgart: Bitte hört auf mit eurer schein-grünen Politik, der übertriebenen Verunsicherung der Bürger und missbraucht das Wort „grün“ nicht mehr. Wo sind die Fundis? Sie waren wirklich grün, sie hätten wohl besser recherchiert, um dem Bürger die Wahrheit nahezu-bringen.

Friedel Schmitt, Rimbach

Den Namen nicht benutzen

Pflug statt kleines Kreuz
OZ vom 21. Juli

Die beiden Flurdenkmäler auf der Höhe bei Unter-Schönmatte, der Rockenmagdildstock und das Schäferkreuz, wurden auf Initiative des Waldgrundstückbesitzers Oswald Becker und von Hans-Günther Morr mit Unterstützung des Überwälder Museums- und Kulturvereins mit viel Mühe und Kosten renoviert. Jetzt plötzlich glauben die Herren Stojetz und Dr. Peter W. Sattler geheimnisvolle Steinritzungen in der Steinmase- rung des Steinkreuzes gefunden zu haben. Natürlich ist es jedermann erlaubt, ein Spiel der Natur nach seinen Kenntnissen und Betrachtungsweisen auszulegen. Auch darf er dies in der Tageszeitung veröffentlichen. Nur sollte man dabei nicht meinen Namen benutzen.

Hans-Günther Morr, Wald-Michelbach

Social Media: Wetter ist Diskussionsthema Nummer eins

Abwechslung im Lokalen

REGION. Es sind die ungewöhnlichen, zumeist kuriosen Polizeimeldungen, die den Lokaljournalismus so abwechslungsreich machen. Und daher sorgte in dieser Woche vor allem eine Meldung für Erheiterung und wurde zu einem vielfach gelesenen Artikel auf unserer Homepage:



Die Weinheimer Polizei gab eine Gruppe junger verwirrter Südkoreaner in Weinheim auf, die nicht wussten, wie sie von Offenbach in die Zweiburgstadt gekommen waren – und organisierten den Jugendlichen die Heimfahrt.

Hilfsbereit und reaktionsfreudig zeigen sich die Facebook-Fans wie eh und je, sobald es darum geht, verschwundene Haustiere auffindig zu machen: 80 Mal wurde die Vermisstenmeldung von Kater Snoopy aus der Weinheimer Weststadt geteilt. Empathisch zeigen sich die Facebook-Fans auch mit einem einen „Daumen-Hoch“-Sturm bei der

Unsinnige Statistiken

Schwachstellen die Ernährungskette
WN/OZ vom 1. August

Korrespondent Mulke zieht zu diesem Thema unsinnige Statistiken heran, zum Beispiel: „Von hundert Euro Haushaltseinkommen gaben laut Portal Statista.com „die Deutschen“ 13,90 Euro für Lebensmittel aus.“ Selbst eine Person müsste mehr als 1000 Euro zur Verfügung haben, um der Statistik gerecht zu werden, abgesehen davon, dass man von 139,90 (also dem Zehnfachen) pro Monat sich nur knapp ernähren kann, wenn überhaupt.

Zum weiter genannten Punkt „Verteilung“: Nicht allein „Hunger und Wassermangel“ könnten Millionen Menschen (vor allem in Afrika) in die Flucht treiben. Nein, vor allem ist es die ungehemmte Vermehrung auf diesem Kontinent, die zu viel Elend führt. Laut einem Bericht verdoppelt sich die Bevölkerung Afrikas innerhalb einer Generation. Von manchen Potentaten dort ist dies sogar gewünscht, wie in einer überregionalen Zeitung zu lesen war. Aber welcher Politiker traut sich, dieses Thema laut und vor Ort anzusprechen? Mir ist keiner bekannt.

„Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten“. „Die neue Völkerwanderung“ von Asfa-Wossen Asserate sollte Pflichtlektüre für damit befaste Politiker und Wirtschaftsmanager werden, auch im Hinblick auf die wirtschaftliche (zum Teil inhumane, weil ausbeuterische) Weiterentwicklung dieses Kontinents.

Gunthild Roos, Fürth

Letztlich geht es um Geld

Energiewende unverzichtbar
OZ vom 4. August

Wenn der BUND in der Zeitung etwas zum Besten gibt, weiß man, es ist Satire pur, die einen erwartet. Genau wie im vorliegenden Artikel. Gut gefallen hat mir der Spruch „lautstarke Minderheit von Windkraftgegnern“. Ist es nicht die Minderheit „BUND“, die lautstark krakeelt und in Schullehrerart den Menschen erklärt, was gut für sie sei? Man entblödet sich auch nicht, die Waldbrände in Kalifornien, die es schon immer gab, für den eigenen Zweck zu instrumentalisieren. Wer den Bericht der ARD „Exklusiv im Ersten: Der Kampf um die Windräder“ kennt, weiß aber, woher das Interesse für Windräder kommt: die enge Verflechtung des BUND mit der Windkraftlobby „bis hinunter auf Kreisebene“. Selbst der Mitbegründer des BUND, Enoch zu Guttenberg, hat den obskuren Verein verlassen.

Seit dem Jahr 2012 ist er nicht mehr Mitglied, weil er die Rolle des Umweltschutzverbandes mit Blick auf die Windkraft kritisch sieht. „Er könne die persönlichen Verflechtungen zwischen BUND und Windkraftlobby für rund 80 Fälle belegen, wie verquickt die sind. Ich weiß allein 20 Personen vom BUND, führende Persönlichkeiten in den jeweiligen Bundesländern, die gleichzeitig in der Windlobby angestellt sind und für sie arbeiten.“ Eine Klage des BUND gegen Enoch zu Guttenberg hat der BUND übrigens zurückgezogen. Der Grund für diesen Schritt dürfte klar sein. Fazit: Es geht nicht um Naturschutz, es geht um Geld. Und die Schreiberlinge der Pressemitteilung können sich in eine lange Reihe von Scheinheiligen einreihen. Die genannten Zitate stammen von ARD/SWR und Süddeutsche).

Thomas Pröbldorf, Mörlenbach



Saskia Zopfs Bild vom morgendlichen Spaziergang mit Hund Strelka in Abtsteinach ist bei den wnoz-facebook-Fans beliebt.

Wiedereröffnung des „Café in der Gass“ in Wald-Michelbach. Viel Diskussion brachte die Aussicht auf eine Wetterabkühlung mit sich. Nach erster Skepsis vieler Nutzer, ob das Gewitter nicht doch vorbeizieht, seufzt Jacqueline M. nach dem Regenguss: „Das Fensterputzen hätte ich mir sparen können.“ *lim*

Mit Facebook- und Instagram-Beiträgen erreicht wnoz.de wöchentlich 17 000 Menschen an der Bergstraße und im Odenwald.



Leserfoto Beinahe sieht es aus wie ein Gemälde, und doch ist es eine Fotografie. In einem Waldstück bei Löhrbach ist unser Leser Karl Klemm aus Viernheim diese beeindruckende Aufnahme gelungen. Sie zeigt eine ganze Gruppe von Rehen, die sich vom Waldrand aus in den Wald hineinbewegt.

Dank für die Unterstützung

Thema: Jugendgemeinderat Hemsbach

Im Namen der Jugendlichen, die an der Satzung für einen Jugendgemeinderat in Hemsbach aktiv mitgearbeitet haben, wollen wir uns herzlich bei der Stadtverwaltung, insbesondere Bürgermeister Jürgen Kirchner, sowie dem Leiter des Jugendzentrums, Lars Aschemann, und dem Gemeinderat für das uns entgegengebrachte Vertrauen, die Unterstützung und die positive Resonanz bedanken. In zahlreichen Sitzungen fand, angefangen bei den Rahmenbedingungen bis hin zu expliziten Inhalten, ein reger Ideenaustausch statt. Gerade bei den Themen der Amtszeit und dem Alter der Kandidaten machten wir es uns nicht einfach. Deshalb fanden wir es durchaus schade, dass gerade bei diesen Punkten eine gewisse Skepsis gegenüber unseren Einschätzungen herrschte. Nichtsdestotrotz freuen wir uns auf eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Hemsbacher Gemeinderat und der Stadtverwaltung.

Lucas Tibow, Hemsbach

Zurück in die Steinzeit

Thema: Hilfsmittellieferungen

Armes Deutschland – wir entwickeln uns zurück in die Steinzeit: Es wurde wie immer – ein Rezept über Katheterventile und Beutel ausgeschrieben. Das Sanitätshaus, das immer vor Ort geliefert hat, hat dieses mit der Begründung wieder zurückgegeben, es bestehe kein Vertrag mehr, sie könnten nicht liefern, die Kasse sei anzurufen. Auskunft der Kasse: Es herrsche eine Übergangsregelung, die Kranken müssten sich im Sanitätshaus oder der Apotheke einen Kostenvorschlag geben lassen, die Kosten vorlegen, damit sie das Material schnell bekommen, weil es gebraucht wird. Es handelt sich schließlich um die sensibelsten Bereiche des Körpers der Ausscheidungen. Wenn die Kasse den Kostenvorschlag genehmigt hat, wird das Geld zurückerstattet. Auf meine Frage hin, was die Menschen machen, die am Existenzminimum leben und dafür kein Geld haben, kam nur die Antwort, das wisse man nicht.

Die Regelung soll vom 1. August bis zum 30. September gelten, und auf meine Frage hin, an wen ich mich dann wenden muss, damit meine Patientin versorgt wird, kam die Antwort, das könne er mir noch nicht sagen, vielleicht gehe es dann ja auch so weiter wie bisher. Die Patienten sitzen durch solche Mähen-schaften, die für Patient, Sanitätshaus und Kasse unnötig Geld kosten, ohne schnelle Versorgung da, die dringend benötigt wird. Das ist kein Einzelfall, auch bei beginnender Inkontinenzversorgung mit Einlagen und Windeln wird so verfahren, da nur noch Vertragspartner liefern dürfen, die nicht vor Ort sind und erst mal Muster schicken. Hier ist auch die schnelle Erstversorgung nur durch Vorleistungen möglich. Wer ist so realitätsfremd und beschließt in unserer Politik und bei den Kassen solche Vorgehensweisen? Es schreit schier zum Himmel, welche Inkompetenz hier Entscheider an den Tag legen. Man sollte nicht denken, dass wir in einem hoch industrialisierten Land leben.

Elke Morr-Appelt, Wald-Michelbach

Ja, spinn' ich denn?

Union pocht auf Dienstpflicht
WN/OZ vom 6. August

Ja, spinn' ich denn? Da kommt Annegret Kramp-Karrenbauer, eine der möglichen Nachfolger unsrer Kanzlerdarstellerin, im Sommerloch mit der Idee einer einjährigen Fronarbeit für alle Schulabgänger? Und das, um eine allgemeine Wehrpflicht wieder einführen zu können? Mal ganz abgesehen davon, dass wir nach der vorherrschenden politischen Meinung eh keine Grenzen mehr haben, die durch Militäreinsatz zu schützen sind und Frontex und Auslandseinsätze der Bundeswehr aber kein „Kanonenfutter“, sondern hervorragend ausgebildet und ausgerüstete Spezialisten braucht. Oder geht es hier etwa um Vorbereitungen zum Einsatz der Bundeswehr in Deutschland? Ganz frei nach de Maizière „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern“.

Ich habe auf die schnelle keine Zahlen gefunden, wie viele junge Menschen sich freiwillig für die Gesellschaft einsetzen, sei es als Jugendleiter in Vereinen, bei der Feuerwehr, in Schwimmbädern, bei den Rettungsdiensten, in Jugendgemeinderäten oder in Pflegeeinrichtungen, aber es müssen Hunderttausende sein. Hier darf, muss und sollte dieses freiwillige gesellschaftliche Engagement viel stärker gefördert werden.

Aber doch nicht durch Zwang! Meiner Meinung nach dient dieses als „Gesellschaftsjahr“ euphemistisch bezeichnetes modernes „Billiglohnklaventum“ einzig und alleine dazu, von der sozial-gesellschaftlichen Misswirtschaft der letzten Jahre, ja sogar Jahrzehnte abzulenken und sie auf dem Rücken der Schwächsten, nämlich unserer Kinder, zu vertuschen und geradzurücken. Da hilft auch kein Stroblisches „... unheimlich gewinnbringend sein – ein Abenteuer, eine Schule fürs Leben“.

Michael Ott, Schriesheim

Sofortiges Handeln nötig

Stillstand frustriert – nicht nur im Stau
OZ vom 25. Juli

Wenn es um die nahe Zukunft geht, hat Bürgermeister Helmstädter wirklich Recht. Es ist erfreulich, Zukunftspläne auch an seinen Bürowänden zu haben. Nun sollte das Ziel sein, diese schnellstmöglich zu verwirklichen. Das Blabla mit der B 38a ist doch für alle im Ort inzwischen zweitrangig, keiner glaubt mehr daran. Wie berichtet wird, alles bestens vernetzt, ruhiger und sicherer und schneller unterwegs.

Das wäre optimal für die Gemeinde. Eine Aufgabe für die nächsten zehn Jahre. Bei Gesprächen mit Leuten von außerhalb heißt es immer: „Wo wohnt ihr denn? Oh je, da kann man doch nicht wohnen!“ Mal schnell irgendwo hinfahren, geht nicht, weil immer Stau ist – nicht gerade positiv für die ortsansässigen Unternehmen! Jetzt darf sich die Gemeinde Mörlenbach einfach nicht mehr aufhalten lassen, mit innerörtlichen Aktivitäten und warten und warten, bis vielleicht ... Eine Superidee wäre ein Kreisverkehr, schon vor Jahrzehnten in unseren Nachbarländern sehr erfolgreich praktiziert.

Das Thema Haltepunkt und Verbindungsstraße, ja, das wäre super für die Zukunft. Noch eine Idee: Von Bonswei-

her und Klein-Breitenbach kommend eine Umgehung an der Weschnitz, Trautmannsklingen, mit Blick zum Bahnhof Richtung Weinheimer Straße – kurze Strecke, einfach zu machen. Bei allem, was innerorts passiert: Vorsicht bei der Vergabe von Bauplätzen, die nur mal so genehmigt werden.

Später ist dies eine Blockade und eine leichte Umgehung ist nicht mehr möglich. Genügend Parkplätze im Ortskern sind sehr wichtig für Mörlenbach, auch an Umleitungsstrecken, die mal kurzfristig eingeleitet werden müssen. Die Pläne der Zukunft sind jetzt gefragt und haben keine Zeit mehr. Sofort Handeln ist angesagt, wenn Mörlenbach weiter im Herzen des Weschnitztales beworben wird.

Manfried Pfeiffer, Mörlenbach

Sicherheitsrisiko beseitigen

Thema: Schulweg in Zotzenbach

Alle Jahre nach den Sommerferien, kurz vorm Schulbeginn, wird von der Kreisverkehrswacht Bergstraße mit Spannbändern (von der Gemeinde aufgehängt) eine Aktion gestartet, die alle Verkehrsteilnehmer auf Sicherheit bedachtes Denken und Handeln sensibilisieren soll. Während bei der Aktion der Mensch im Mittelpunkt steht, sind gerade auf dem Schulweg bauliche Mängel mit hohen Sicherheitsrisiken vorhanden. In der Schulstraße in Zotzenbach sind zwei Brückengeländer mit einem Sicherheitsstandard wie vor 50 Jahren. Beide Geländer haben nur oben und in der Mitte eine Querstange. Ein Geländer mit Brüstungshöhe 85 cm, der Rohrdurchmesser unterschiedlich nur 34/32/26 mm. Solche Zustände in privater Hand hätten die sofortige Sperrung zur Folge. Der linke Gehweg, so er einer sein soll, verjüngt sich von 90 auf 0 cm, ist zum größten Teil unbefestigt (außer zwei Pflaster-/Betonstellen), und wird stellenweise vollständig zur Fahrzeugabstellung beansprucht. Dies ist ein hohes Sicherheitsrisiko, wenn überhaupt betretbar – Behindertentauglichkeit unmöglich.

Beim rechten Gehweg ist die Breite von 75 schmaler werdend auf 60 cm der Fahrbahnbreite untergeordnet, nur auf halber Länge vorhanden, die andere Hälfte der Strecke bis zum Schuleingang ist auf ungeregeltem, ungeschütztem Weg zurückzulegen. Die Fußgänger, auch Schulkinder, geraten aufgrund der gesamten Umstände in den Konflikt, die Fahrbahn zu betreten und geraten in die Falle der Selbstverschuldung. Eine Überplanung, schnelle Umsetzung des Verkehrsraumes ist längst überfällig. Im Fall des Entfernens von zwei 15 cm dicken, relativ jungen Eichbäumen, wurde auf das Entsetzen der Bürger, vom Bürgermeister/Gemeindevorstand ohne Nachweis argumentiert, die Bäume wären krank gewesen, ein Risiko für Benutzer der öffentlichen Freifläche. Dabei wurde jede Gelegenheit genutzt, die übertragene hohe Verantwortung in Sicherheitsentscheidungen überbetont hervorzuheben (wobei im Dorf längst die Runde machte, dass Volksvertreter sich an den herabfallenden Herbstblättern störten). Nach einem weiteren Jahr ist der Zeitpunkt gekommen, um endlich Verantwortung mindestens genau so schnell wie beim Baumfällen in den Verkehrsraum Schulstraße/Schulweg zu übernehmen, bevor Schaden und Leid zu beklagen ist.

Karl Schuchmann, Rimbach